

Intensive Arbeit für mehr Integration

Neues Projekt der Schader-Stiftung / Enge Kooperation von Wissenschaftlern und Kommunen

DARMSTADT. Die politischen Debatten der vergangenen Wochen, etwa über die Steuer- und Arbeitsmarktreform, haben ein anderes wichtiges Thema zumindest aus der öffentlich wahrnehmbaren Diskussion verdrängt: die Zuwanderung. Gleichwohl bleiben die mit dem Zuzug von Ausländern verbundenen Konsequenzen eine Herausforderung für die Politiker. Die in Darmstadt ansässige Schader-Stiftung möchte in diesem Zusammenhang mit einem neuen Projekt, das jetzt begonnen hat, einen wichtigen Beitrag leisten. Sie untersucht, unter welchen Bedingungen Ausländer in Deutschland leben, um „anschließend für die Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft differenzierte Ansätze für die sozialräumliche Integration von Zuwanderern zu entwickeln und zu erproben“, wie der Stiftungs-Geschäftsführer Christoph Kulenkampff sagt. Kooperationspartner der Stiftung sind der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft, der Deutsche Städtetag und zwei Forschungsinstitute. Das Bundesforschungsministerium fördert das Vorhaben mit 765 000 Euro.

Der erste Schritt, die Untersuchung der gegenwärtigen Lebens- und Wohnbedingungen von Ausländern, soll bis Jahresende abgeschlossen sein. Insgesamt ist das Projekt auf 32 Monate angelegt. Wie Kulenkampff schildert, arbeiten dabei ein Expertenforum und ein „Praxis-Netzwerk“ zusammen. Diesem Netzwerk gehören unter anderem Vertreter von acht Großstädten an, zu denen auch Frankfurt gehört. Praktisches Ziel des Gesamtvorhabens sei, zum Zusammenhalt der städtischen Gesellschaft beizutragen sowie Spaltungs- und Polarisierungstendenzen entgegenzuwirken, so Kulenkampff. Beispielsweise solle aufgezeigt werden, wie verhindert werden könne, daß vorwiegend von Ausländern bewohnte Viertel zu „einer Art Ghetto werden, aus denen man nicht mehr herauskommt“. Wohnung und Wohnumfeld seien wichtige Integrationsfaktoren, die Menschen Entfaltungsmöglichkeiten eröffneten oder begrenzten.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich die 1988 gegründete gemeinnützige Stiftung

mit der Zuwanderung befaßt. Bereits Mitte der neunziger Jahre veranstaltete sie entsprechende Tagungen; das Thema bildete auch einen Schwerpunkt ihres großen Kongresses „Wohnwandel“, der im Mai 2001 stattfand. Außerdem ging der Preis, den die Stiftung jährlich verleiht, im vergangenen Jahr an zwei Forscher, die die Diskussion über die sozialräumliche Integration von Zuwanderern mit geprägt haben.

Daß sich die Stiftung überhaupt so intensiv mit dem Thema Wohnen beschäftigt,



Foto Cornelia Sick

Christoph Kulenkampff

kommt nicht von ungefähr. Ihr Stifter, Alois Schader, war als Bauingenieur tätig und hatte dabei auch viele Kommunen und Wohnungsunternehmen beraten. Dabei sei er unter anderem zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wohnungswirtschaft tendenziell am Bedarf vorbei gebaut habe, berichtet Kulenkampff. Die Stiftung – sie finanziert sich aus den Erträgen des von Schader gestifteten Privatvermögens – wolle daher den Austausch zwischen Gesellschaftswissenschaftlern und Praktikern fördern, „besonders hinsichtlich des Schwerpunkts Wohnen“.

Das wird außer an dem aktuellen Vorhaben auch an anderen Projekten deutlich. So befaßte sich die Stiftung beispielsweise mit den durch Arbeitslosigkeit, sinkende Geburtenrate und Wegzug junger Leute bedingten Veränderungen in ostdeutschen Städten. Im Mittelpunkt des Kongresses,

an dem im Mai 2001 rund 500 Wissenschaftler und Praktiker teilgenommen hatten, standen die Konsequenzen des demographischen Wandels der Gesellschaft, der veränderten Arbeitswelt und neuer Lebensstile auf das Wohnen. Bei diesem Kongreß ist auch die Idee für das große neue Projekt entstanden, wie Kulenkampff sagt.

Außer dem Geschäftsführer arbeiten ständig fünf wissenschaftliche Referenten in Darmstadt, hinzu kommen etwa weitere fünf Mitarbeiter, die zeitweise beschäftigt werden. So wurden etwa zwei Referenten für das Zuwanderer-Projekt angestellt. Die Mitarbeiter der Stiftung kümmern sich gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern auch um andere Themen. Beispielsweise beschäftigen sie sich mit der „öffentlichen Daseinsvorsorge“, also der Rolle von Kommunen als Unternehmer angesichts einer fortschreitenden Liberalisierung, etwa im Personennahverkehr oder in der Wasserversorgung. Dazu wie auch zu anderen Themen finden sich im Internetauftritt der Organisation unter der Adresse www.schader-stiftung.de zahlreiche Links. Daneben hat die Stiftung viele Beiträge aus ihrer Tätigkeit in Büchern zusammengefaßt.

In die Öffentlichkeit tritt sie aber nicht nur mit Publikationen und Tagungen, sondern auch mit der Verleihung des Schader-Preises. Er wird jährlich vergeben und ist mit 15 000 Euro dotiert. Wie berichtet, wird in diesem Jahr der Finanzwissenschaftler und Rentenexperte Bernd Raffelhüschen ausgezeichnet.

Neben ihrer umfangreichen Projektarbeit steht die Stiftung in diesem Jahr vor einer weiteren Herausforderung: Sie will die Vorbereitungen für den Bau eines neuen Zentrums forcieren. Bisher ist die Zentrale der Organisation eher unscheinbar in der Etage eines Hauses an der Karlstraße untergebracht, das neue Zentrum soll auf einem Nachbargrundstück errichtet werden. Noch stehen einige Verhandlungen mit der Stadt an, aber an einem wird dieses Vorhaben wohl nicht scheitern, wie Kulenkampff darlegt, am Geld: „Mittel für den Bau des Hauses haben wir bereits zurückgelegt.“ STEFAN TOEPFER